



PAUL LANGROCK / AGENTUR ZENT

Deutsche Bank

Strafanzeigen gegen Topmanager

Der Konzern soll im Zoff mit früheren Postbank-Aktionären Prozessbetrug begangen haben.

Der Rechtsstreit zwischen der Deutschen Bank und ehemaligen Aktionären der Konzerntochter Postbank eskaliert. Die Kanzlei BayerLaw hat bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main Strafanzeige gegen frühere und aktuelle Vorstände der Deutschen Bank (darunter Konzernchef John Cryan und Vorgänger Josef Ackermann), der Postbank, von deren Ex-Muttergesellschaft Post, gegen Anwälte der Kanzleien Hengeler Mueller und Freshfields sowie Spitzenbeamte der Finanzaufsicht BaFin gestellt. Die Beschuldigten sollen die Umstände des Einstiegs der Deutschen Bank bei der Postbank im Herbst 2008 falsch dargestellt haben – faktisch sei die Postbank überschuldet und reif für eine Verstaatlichung gewesen. Mit einem Kooperationsrahmenvertrag und Stimmrechtsbindung der Post habe die Deutsche Bank so-

fort durchgeführt, obwohl sie anfangs nur gut 29 Prozent der Anteile erworben hatte. Erst 2010 hatte sie die Mehrheit übernommen und den restlichen Aktionären deutlich weniger gezahlt. Über diesen Punkt streiten sich Deutsche Bank und Ex-Postbank-Aktionäre seit Jahren; am 7. Februar entscheidet das Oberlandesgericht Köln über Nachzahlungsansprüche der Effecten-Spiegel AG. Doch die Anschuldigungen von BayerLaw reichen weiter: So sollen die Anwälte der Deutschen Bank im Auftrag des jetzigen Vorstands versucht haben, die Verfahren so zu strecken, dass Ansprüche verjähren – etwa durch Vortrag falscher Tatsachen und damit Prozessbetrug sowie einen Musterverfahrensantrag der Bank gegen sich selbst. Die hält die Vorwürfe für substanzlos und für einen Versuch, die Stimmung aufzuheizen. baz

Loeffler-Institut

„Eindruck der Befangenheit“

Das Friedrich-Loeffler-Institut (FLI), mit gut hundert Millionen Euro Jahresetat die wichtigste Bundesinstitution zur Erforschung der Gesundheit der Nutztiere, ist ins Visier des Bundesrechnungshofs geraten. In einem internen Bericht für das Jahr

2016 kritisieren die Prüfer eklatante „Steuerungsmängel“ – dem verantwortlichen Bundeslandwirtschaftsministerium seien nicht einmal alle Forschungsaktivitäten bekannt. Das Loeffler-Institut befinde sich in einer „Schieflage“, weil es über Gebühr von Drittmitteln aus der Industrie abhängig sei, von 142 laufenden Forschungsprojekten waren 135 drittfinan-

ziert. Der „Eindruck der Befangenheit“ werde dadurch verstärkt, dass im Untersuchungszeitraum sowohl der Institutschef als auch der zuständige Ministeriumsreferatsleiter im Kuratorium eines Schlachtkonzerns saßen. Gemeint war die Tönnies Forschung, die FLI-Projekte in den vergangenen Jahren mit über 500 000 Euro bezuschusst hat. Weder das FLI

noch das Ministerium sehen hierin Interessenkonflikte. Drittmittel einzuwerben sei ein „anerkanntes“ Leistungskriterium. Zweifelsfrei fehlt allerdings ein den Richtlinien des zuständigen Bundeslandwirtschaftsministeriums entsprechendes Forschungsprogramm. Das, räumt eine FLI-Sprecherin auf Nachfrage ein, befinde sich gerade in Abstimmung. nkl